Zeitschrift: Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della populazione, protezione dei beni culturali

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 53 (2006)

Heft: 6

Rubrik: Forum

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ohrfeigen für den Aufwuchs

Nein! Sie wollten die Armeereform nicht, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von ganz links und ganz rechts. Und zum Teil die aus der Mitte auch nicht – les extrêmes se touchent. Wenn alle so gleichmässig unzufrieden sind, ist bei uns in der Regel die höchste Stufe der Konkordanz oder des Konsens' erreicht. Viele Kommentierende waren allerdings der Ansicht, Bundesrat Schmid habe Ohrfeigen eingefangen.

Den einen wars mit (Genie-)Panzern und dergleichen zu viel, anderen zu wenig Landesverteidigung mit WEF-Bewachung und Pistenstampfen. Der vielzitierte, um nicht zu sagen vielbemühte Aufwuchs war vielen nicht geheuer. Die Gewohnheit, dass er beim Zivilschutz im Bevölkerungsschutzsystem schon längst zum Erklärungsargumentarium für nahezu alles herhalten muss, lässt grüssen. Durch Abschaffen der Schutzraum-Baupflicht soll er wohl noch (un-)glaubwürdiger gemacht werden. Hat vielleicht doch dieser Aufwuchs Prügel bezogen? Trauen sich etwa die Politikerinnen (die haben auch mitgestimmt) und Politiker selber nicht über den Weg, mit einem rechtzeitigen Beschluss zum Aufwuchs?

Wenn man es allen Leuten recht machen will, macht man es am Schluss keinem recht. In diese «Falle» ist Bundesrat Samuel Schmid mit seiner Armeereform getappt. Hätte er Erfolg gehabt, hätte es geheissen, es sei die politisch mögliche Lösung gewesen.

Wie war das wegen Watschen? Der Krieg ist eine viel zu ernsthafte Sache, als dass man ihn den Generälen überlassen dürfe, sagt ein altes Sprichwort. Kann man das nicht eins zu eins auf die Politik umschreiben? Oder, als Trost für alle, die sich geohrfeigt fühlen sollten, ein Wort von Bismarck, dem eisernen Kanzler: «Es ist keiner unter uns, der vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen alles besser verstünde als sämtliche gelernte Fachmänner.»

Welch eine Selbsterkenntnis, findet…

Ihr Fragen stellender Leserbriefschreiber
N. Ürzi

Anmerkung der Redaktion: N. Ürzi ist zivilschutzleistender Ur-Eidgenosse, der das Notwendige schon immer früher erkannt und besser rezipiert hat als andere, deshalb immer dagegen war und Leserbriefe schreibt.

EIN INFORMATIVER BEITRAG ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Ich – du – wir – Sicherheit

mhs. Vor Kurzem ist im Schulverlag Bern ein Unterrichtsmittel zum Thema «Sicherheit – ein Beitrag zur politischen Bildung» erschienen. Es ist dies ein lebendiges, vielfarbiges Schülerheft mit 60 Seiten Umfang und einer Begleit-CD, welche Hinweise und Material für die Unterrichtenden enthält.

Sicherheit und Freiheit seien Begriffe, die unser Leben in den unterschiedlichsten Zusammenhängen beeinflussen, bemerkt das Autorenteam. Es wird auch darauf verwiesen, dass es Sicherheit unter dem Blickwinkel des einzelnen Individuums, eines Staates und auch global zu betrachten gelte. Das Heft für die Schülerinnen und Schüler ist jugendlich flott aufgemacht. Am unteren Seitenrand findet sich jeweils eine sogenannte Zeitschiene, auf der einzelne Schwerpunkte in chronologischer Reihenfolge knapp dargestellt werden. So kann sich die Leserschaft schnell orientieren. Praktisch für die Lehrerinnen und Lehrer ist die mitgelieferte CD-ROM, auf der Hinweise zur Methodik sowie Arbeitsblätter zur Zeitschiene mit Aufträgen, Lösungen und Links, vorab aus dem Internet, aufgeführt sind.

FOTO: ZVG.

Der Impuls zur Schaffung eines solchen Lehrmittels kam seinerzeit von der «Fachgruppe Frau und Sicherheitspolitik» des Kantons Bern. Therese Isenschmid, Präsidentin der Redaktionskommission *action*, hat die Idee zum Konzept weitergeführt. Es gelang Isenschmid, das aussergewöhnlich spezielle Puzzle aus interessierten Kreisen, Dienstleistern, Sponsoren usw. zusammenzusetzen.

Mit «Ich – du – wir – Sicherheit» wird eine Lücke weitgehend geschlossen; weitgehend deshalb, weil sich diese «Bildungslücke» nie ganz wird schliessen lassen. Das liegt in der Natur der Sache. Und es liegt auch darin, dass man in guten Treuen beispielsweise über die Entwicklung des Neutralitätsbegriffs aus weltanschaulichen Gründen geteilter Meinung sein kann. Gute Anregungen bzw. Grundlagen für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Materie, sei es nun bei den Lehrenden (einzeln oder in Gruppen) oder bei den Lernenden mit Unterstützung wiederum der Unterrichtenden, bietet «Ich – du – wir – Sicherheit» auf alle Fälle. Also: Ziel erreicht.

Ich – du – wir – Sicherheit. Ein Beitrag zur politischen Bildung.
ISBN 3-292-00423-3 978-3-292-00423-9,
Vertrieb: Schulverlag BLMV AG, Bern (www.schulverlag.ch).
Jeweils 10 Schülerhefte mit einer CD-ROM für Lehrerinnen und Lehrer kosten Fr. 20.–.

Herausgeber und Autoren

Herausgeber: Erziehungsdirektion des Kantons Bern, in Zusammenarbeit mit der Direktion für Sicherheitspolitik des VBS, dem Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons Bern, dem Schweizerischen Feuerwehrverband und dem Schweizerischen Zivilschutzverband.

Autorenteam: Josef-Heinrich Amacker, Schulleiter Schweiz. Feuerwehr-Instruktorenschule; Christine Imhof-Hänecke, Lehrerin/Projektleiterin Lehrmittel; Therese Isenschmid, Publizistin, Informationsverantwortliche BSM 1986–2004; Reto Meli, Sekundarlehrer/Dozent Institut Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule Bern.

Aus dem Inhalt

Individuelle Angst/Ich und die Sicherheit (Kapitel 1)
- Angst hat viele Gesichter
- Freiheit – Sicherheit – Recht
- Wir reagieren

Kollektive Angst/Wir und die Sicherheit (Kapitel 2)
- Bedrohungen, Gefahren, Risiken
- Sicherheitspolitik der Schweiz
- Neutralität – ein politisches Mittel der Sicherheitspolitik
- Instrumente der Sicherheitspolitik
- Die Schweiz in der Welt □

SCHWEIZER WEHRINDUSTRIE

Unter politischem und wirtschaftlichem Druck

Wieder einmal versucht die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) die Armee durch ein Hintertürchen abzuschaffen. Mittels einer Initiative soll der Export von Wehrmaterial komplett unterbunden werden.

Die Schweizer Wehrindustrie ist ein wichtiger Pfeiler der Sicherheitspolitik. Sie trägt dazu bei, die materielle Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee sicherzustellen. Wenn die Schweiz weiterhin eine bündnisfreie und neutrale Sicherheitspolitik betreiben will, setzt dies eigene verlässliche Ressourcen voraus. Zu dieser Sicherheitspolitik gehört die Versorgung der Armee mit dem notwendigen, in der Schweiz produzierten Rüstungsmaterial. Die schweizerische Wehrindustrie ist heute hochspezialisiert und konkurrenzfähig – in einigen Bereichen gar marktführend. Als High-Tech-Industrie bietet die Wehr- und Sicherheitsindustrie mindestens 7000 Arbeitsplätze. Rund 10 000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von Zu- und Unterlieferanten der Wehrindustrie ab.

Die einst autonomen Schweizer Produzenten im Wehrtechnikbereich sind heute zum Teil Bestandteil grosser internationaler Konzerne geworden. So gehören die Oerlikon Contraves AG, RWM Schweiz AG und Nitrochemie Wimmis AG zur deutschen Rheinmetall AG und die MOWAG zu General Dynamics (USA). Gleichzeitig hat sich die Marktposition der schweizerischen Wehrindustrie in den letzten Jahren eher verschlechtert: Der Heimmarkt, die Schweizer Armee, schrumpft. Der Inlandanteil bei Rüstungsprogrammen sank in den letzten Jahren auf 20 Prozent des gesamten Rüstungsprogramms. Das Ende des Kalten Krieges hinterliess viele Konkurrenten der ausländischen Wehrtechnik-Konzerne in der gleichen Situation; die internationale Konkurrenz ist deshalb härter geworden. Umso wichtiger ist, dass auch die Schweiz ihrer Wehrindustrie vergleichbare Rahmenbedingungen für den Export gewährt.

Kein Aufwuchs ohne Export

Der vom Bundesrat im Frühjahr 2005 beschlossene Entwicklungsschritt 08/11 will einen Rückbau der Kernkompetenz Verteidigung. Ein kleiner «Aufwuchskern» soll durch Know-how-Erhaltung die Kompetenz zur Verteidigung sichern. Im Bedarfsfall würde dann die für die Verteidigung nötige Stärke wieder erlangt. Diese Garantie – die Aufwuchsfähigkeit – wurde von den Verantwortlichen aber bis heute nicht gegeben, und nicht zuletzt daran scheiterte die Reform an der bürgerlichen Opposition im Nationalrat. Für diese ist klar, dass das Aufwuchsprinzip auch eine einheimische Wehrindustrie bedingt, welche die notwendige Basisausrüstung produzieren kann. Denn beim Aufwuchs geht es nicht nur um die Know-how-Erhaltung der Armee, sondern auch um die der Industrie. Dies bedingt aber eine gesunde Wehr- und Sicherheitsindustrie, die allerdings nur mit Exporten existieren kann.

Die Schweizer Vorschriften für den Export von Wehrmaterial sind auf international vergleichbarem Niveau. Sie entsprechen beispielsweise dem massgebenden «Code of Conduct» der EU. Die schweizerischen Gesetze sind heute schon umfassend und ausreichend. Mit dem 1998 in Kraft getretenen Kriegsmaterialgesetz (KMG) und dem Güterkontrollgesetz (GKG) verfügt die Schweiz über gesetzliche Vorlagen, um ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und ihre aussenpolitischen Grundsätze zu wahren. Dabei muss sie ihre für die Sicherheit und Volkswirtschaft so wichtigen industriellen Kapazitäten nicht preisgeben. KMG und GKG sind wichtige Instrumente in der Hand des Bundesrates. Die Bewilligungspraxis ergibt sich aufgrund von Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage. Das heisst, neue Konflikte und andere relevante Einflüsse führen zu einer steten Anpassung der Bewilligungspraxis. Für eine flächendeckende massive Verschärfung der bundesrätlichen Bewilligungspraxis gibt es also keinen Grund.

Exporte ermöglichen das Überleben der schweizerischen Wehrtechnikindustrie. Sie braucht aber Rechts- und Planungssicherheit. Ansonsten droht die Produktion ins Ausland verlagert zu werden. Dann gingen sowohl Know-how als auch die Arbeitsplätze verloren. Dies würde allein bei den Rheinmetall-Firmen in der Schweiz knapp 1240 Mitarbeiter, darunter mehr als 80 Lehrlinge, betreffen. Die Konsequenzen bei der Schweizer Zulieferindustrie nicht mitgerechnet.

Die GSoA will mit ihrer Initiative zur Schwächung der Schweizer Sicherheit ein komplettes Ausfuhrverbot von Rüstungsgütern erreichen. Sie provoziert die weitgehende Liquidierung der Schweizer Wehrindustrie. Nebst dem Know-how und dem volkswirtschaftlichen Beitrag, die verloren gingen, wäre in Zukunft die Schweizer Armee vollständig auf ausländische Wehrtechnik angewiesen: Denn die aufgrund kleiner Serien völlig unrentable und politisch nicht zu rechtfertigende eigene Entwicklung und Produktion für die eigene Armee käme in kurzer Zeit zum Erliegen, da die Belieferung der Schweizer Armee alleine nicht ausreicht, um eigene Rüstungsfirmen zu betreiben.

Von der Initiative sind aber weit mehr Güter betroffen, als die Initianten behaupten. Sie würde den Export von sogenannten «besonderen militärischen Gütern» für die gesamte Schweizer Industrie verbieten. Dies sind Güter, die für militärische Zwecke konzipiert oder abgeändert worden sind (z. B. spezielle Härtung). Auch gewisse Schutzkleidung (Schutzwesten, Helme) welche bereits heute als Ausrüstung von Sicherheitsorganen (Polizei, Gendarmerie, Guardia Civil usw.) verwendet werden, dürften in Zukunft nicht mehr exportiert werden. Betroffen wären auch Teilkomponenten von Funk- und Optiksystemen und eine grosse Anzahl von Chemikalien. Ebenfalls sind die militärischen Trainingsflugzeuge von der Initiative betroffen. Ein Ausfuhrverbot solcher Güter würde die Existenz der schweizerischen Flugzeug-, Maschinen- und anderer Hightech-Industriefirmen (Optik-, Laser-, Übermittlungs-, Überwachungs-, Chiffrier- Laborgeräte usw.) sowie die Hersteller von präzisen elektronischen und mechanischen Komponenten massiv gefährden.

Forschung Schweiz betroffen

Was für den Forschungs- und Denkplatz Schweiz jedoch noch folgenreicher wäre, ist das von den Initianten geforderte Verbot des Exports von Immaterialgütern wie Lizenzen, einschliesslich Technologien, die für die Entwicklung, die Herstellung oder den Gebrauch von besonderen militärischen Gütern benötigt werden. Das heisst, dass in Zukunft die Forschungsausgaben der Industrie nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in vielen ähnlichen Bereichen reduziert würden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die heute global tätige Industrie darauf angewiesen ist, ihre Forschungsergebnisse global einzusetzen. Ein Verfahren, welches ursprünglich zur Herstellung von «Zivilprodukten» entwickelt wurde, aber modifiziert auch für eine militärische Anwendung genutzt werden könnte, dürfte nach Annahme der Initiative nicht mehr ins Ausland transferiert werden.

Bereits das Zustandekommen der Initiative wird für den Forschungsplatz Schweiz negative Auswirkungen haben, da Investitionen in die Forschung meist zu langfristigen Verpflichtungen führen. Warum sollte die private Industrie in Zukunft den Forschungsstandort Schweiz fördern, wenn sie nicht sicher ist, ob die Forschungsergebnisse in 5 bis 10 Jahren noch global verwendet werden können? Insbesondere im Bereich der Forschung darf der drohende Know-how-Verlust nicht unterschätzt werden: Düsenantriebe, GPS, Internet und vieles mehr wurde zuerst für die militärische Anwendung entwickelt. Die (Mit-)Entwicklung solcher Technologien wären für die Schweiz für immer verloren.

Die Initiative ist aus wirtschaftlichen und insbesondere sicherheitspolitischen Gründen klar abzulehnen. Es besteht auch kein Bedarf, das bewährte Exportregime KMG/GKG, das internationale Standards bereits erfüllt, unnötig zu verschärfen. Bundesrat und Politik sind gut beraten, die aktuelle Politik weiterzuführen. Sie ist in Bevölkerung und Wirtschaft gut verankert.

Andreas Meier, Leiter Exportkontrolle Oerlikon Contraves AG und Vorstandsmitglied des Angestelltenverbandes Oerlikon Contraves.